

Nationale Leitlinien

An der Abstimmung einer deutschen E-Government-Gesamtstrategie sollen Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit beteiligt werden. Stimmen zur Notwendigkeit einer solchen Strategie und die daran geknüpften Erwartungen.

Nicht hinter verschlossenen Türen, sondern unter Mitwirkung unterschiedlichster Akteure soll bis Frühjahr kommenden Jahres eine E-Government-Gesamtstrategie für Deutschland erarbeitet werden. An der Abstimmung sollen Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit beteiligt werden. Nach Aussage von Bundes-CIO Hans Bernhard Beus ein im deutschen E-Government bislang einmaliger Vorgang. Allerdings sehen nicht alle Akteure ihre Interessen ausreichend berücksichtigt. Kritik hatte Bayern-CIO Franz Josef Pschierer geübt. Er sagte: „Der aktuelle Vorstoß des Bundes, eine nationale

E-Government-Strategie ohne umfassende Beteiligung der Länder zu entwickeln, ist der falsche Ansatz. Im Föderalismus kann nicht eine Strategie des Bundes Maßstab für alle Länder sein.“ Das Vorhaben sei mit den Ländern bestenfalls im Ansatz abgestimmt, folge aber nicht dem Geist des gemeinsamen Grundverständnisses. Weder den Länderkompetenzen im IT-Bereich, noch dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen werde Rechnung getragen.

Für die Öffentlichkeit wurde im September die Online-Beteiligungsplattform strategie.einfach-online-beteiligen.de freigeschaltet, auf der das Bundesinnenministerium die bisher gesammelten Themen zur Diskussion stellte. Bereits Ende vergangenen Jahres war auf dem dritten Nationalen IT-Gipfel eine



Mehrere Akteure erarbeiten E-Government-Gesamtstrategie.

Broschüre mit Anregungen für eine E-Government-Gesamtstrategie vorgelegt worden. Auf dem Deutschland-Online-Kongress Anfang Juli in Berlin haben dann rund 90 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft Inhalte einer nationalen E-Government-Strategie diskutiert. Neben gemeinsamen Richtlinien für die Informationstechnik in allen Verwaltungsebenen ging es um Vertrauen, Sicherheit im Internet, Datenschutz und Transparenz. Im Rahmen

der Online-Beteiligung konnten Bürger 7 Themenfelder und 22 E-Government-Maßnahmenbereiche bewerten, kommentieren und um weitere Anregungen ergänzen. Insgesamt 362 Meinungen sind eingegangen. Die Ergebnisse der Online-Beteiligung, die auf der Website veröffentlicht werden, sollen in die weitere Abstimmung zur nationalen E-Government Strategie einfließen.

Die Tatsache, dass der Abstimmungsprozess alle Akteure einbeziehen will, stößt auf positive Resonanz. Willi Kaczorowski, Direktor der Internet Business Solutions Group von Cisco, sagte gegenüber Kommune21: „Die Zeiten, in denen Strategien von

Eliten in abgeschlossenen Zirkeln und Sitzungszimmern erarbeitet und der erstaunten Öffentlichkeit dann verkündet werden, sind vorbei.“ Bei modernen Strategien würden das Wissen und die Vorstellungskraft vieler Akteure in einem geordneten Prozess gebündelt. Auch laut Rheinland-Pfalz-CIO Jürgen Häfner sind bei einer ganzheitlichen Betrachtung neben dem Bund und den Ländern insbesondere die kommunale Ebene und die Wissenschaft einzubeziehen. Er ergänzt: „Auch

sollte die Beteiligung von Bürgern und Wirtschaft an den Meinungsbildungsprozessen im Sinne von E-Partizipation berücksichtigt werden.“ Der Wissenschaft kommt laut Fraunhofer-IESE-Leiter Professor Dieter Rombach von der Universität Kaiserslautern eine Lotsenfunktion zu, zumal die Strategie, einmal formuliert, immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müsse.

Neben der Bedeutung der Einbeziehung aller Akteure scheint auch die Etablierung von Standards unbestritten. Peter te Reh, Hauptreferent für Informationstechnologie beim Deutschen Städtetag, sieht hier nicht zuletzt Vorteile für die interkommunale Kooperation. Er sagt, die Kommunikation innerhalb der Verwaltung ebenso wie mit privaten Stellen werde vor dem Hintergrund einer verbindlichen Rahmenfestlegung problemlos verlaufen. Hessen-CIO Horst Westerfeld betont, dass es gelte, die wirtschaftlichsten Lösungen zu finden, die einerseits durch IT-Standards und die Einführung eines IT-Portfolio-Managements realisierbar, andererseits durch organisatorische Maßnahmen möglich sind, beispielsweise durch Bündelung von Ressourcen im Sinne von Shared-Services, durch Prozessvereinfachungen oder durch Kooperationen zwischen Kommunen und Ländern. Auch auf eine stärkere Nutzerorientierung wird von mehreren Seiten hingewiesen. So sagt etwa Uwe Ufer, Bürgermeister der Stadt Hückeswagen: „E-Government soll dem Bürger und den Firmen Nutzen bringen. Daher ist es unerlässlich, dass der Zugang und die Handhabung aller Verfahren in allen Kommunen und Ländern gleichartig gestaltet werden.“

Einigkeit herrscht außerdem darüber, was die nationale E-Government-Strategie leisten soll. Fraunhofer-IESE-Leiter Professor Rombach erhofft sich von der E-Government-Gesamtstrategie einen Orientierungsrahmen, der die Konvergenz der unterschiedlichen Strategien, Initiativen, Programme und Projekte auf allen Verwaltungsebenen fördert. Auch Staatssekretär Beus sieht in der Strategie die Chance, E-Government auf allen Ebenen an gemeinsamen Grundprinzipien auszurichten. Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, bezeichnet die nationale E-Government-Strategie als Navigator und auch Robert Heller, Staatsrat der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, betont die Orientierungsleistung. Ansonsten sind die Erwartungen, die an die Strategie geknüpft werden, doch recht unterschiedlich. Willi Kaczorowski von Cisco beispielsweise betont die Notwendigkeit gemeinsamer vernetzter Infrastrukturen für Daten, Sprache und zunehmend auch Video sowie gemeinsamer Prozesse. Professor August-Wilhelm Scheer, Präsident des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), erhofft sich eine Beschleunigung von Vergabeverfahren sowie die Umsetzung der bereits beschlossenen Leistungs- und Qualitätsvergleiche in der Verwaltung von Bund und Ländern.

Was aus der Strategie laut Professor Rombach auf jeden Fall hervorgehen muss, ist, wie die Zielgruppen und unterschiedlichen Akteure von E-Government profitieren und in die Gestaltung eingebunden werden. Es müsse außerdem deutlich

werden, auf welchem Entwicklungs- und Erkenntnisstand aufgesetzt werden kann, wo erprobte Vorgehensweisen zum Einsatz kommen und wo noch Grundlagen erarbeitet werden müssen. Der Hamburger Staatsrat Heller fasst dies als Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation zusammen. Im Gegensatz zur Vision formuliere eine Strategie nicht nur Ziele und lege Maßnahmen fest, sondern interessiere sich auch für die Rahmenbedingungen, unter denen diese erreicht werden müssen. Professor Rombach ist ebenfalls der Meinung, dass sich aus der Strategie Maßnahmen und ein Zeitrahmen, gewissermaßen eine nationale E-Government-Roadmap 2015, ableiten lassen sollten. Konkret gehe es um den Aufbau einer nationalen E-Government-Referenzarchitektur, die Formulierung verbindlicher Interoperabilitätsstandards, den Aufbau einer serviceorientierten IT-Infrastruktur in Ergänzung zum DOI-Netz sowie die Realisierung vertrauenswürdiger, medienbruchfreier, organisations- und ebenenübergreifender Prozessketten.

Alexandra Reiter

Anzeige